

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Gewalt- und Extremismusprävention an Schulen: Das Saarland braucht wirkungsorientierte Konzepte und Maßnahmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Rückmeldungen über eine deutliche Zunahme von Gewalt sowie von extremistischen Vorfällen und Diskriminierungen an Schulen im Saarland und bundesweit sind alarmierend. Laut einer Umfrage des Deutschen Schulportals berichten fast die Hälfte der Lehrkräfte von Problemen mit körperlicher oder psychischer Gewalt an ihrer Schule. Auch im Saarland berichten Lehrkräfte von dieser Tendenz und einer generell höheren Gewaltbereitschaft unter Schülerinnen und Schülern.

Das DGUV Barometer Bildungswelt 2024 legt den Fokus auf das Thema Gewalt unter Schülerinnen und Schülern. Laut einer repräsentativen Umfrage der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) unter Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen gaben 56 % der Befragten an, eine Zunahme psychischer Gewalt unter Schülerinnen und Schülern seit der Pandemie wahrzunehmen, während 44 % von einer Zunahme körperlicher Gewalt berichteten.

Zudem ergab eine Umfrage des Marktforschungsinstituts forsa im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) aus November 2024, dass innerhalb der letzten fünf Jahre an 72 % der Schulen in Deutschland psychische und an 29 % physische Gewaltvorfälle gegen Lehrkräfte stattfanden. Ein Drittel der Schulleitungen berichtete zudem von Fällen von Cybermobbing gegenüber Lehrkräften.

Der Saarländische Lehrerinnen- und Lehrerverband (SLLV) sieht diese Zahlen laut SR-Berichterstattung auch für das Saarland als repräsentativ an. So häuften sich etwa an den Grundschulen die Fälle psychischer Gewalt gegen Lehrkräfte seitens der Eltern. Kinder rasteten häufiger als früher aus.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) wies bereits im letzten Jahr deutliche Anstiege von Gewaltvorfällen im schulischen Umfeld aus. Die PKS erfasst jedoch nur die Vorfälle, die zur Anzeige gebracht wurden, und bildet somit nur die Spitze des Eisbergs ab.

Ausgegeben: 13.03.2025

Viele Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler zögern, Vorfälle zu melden, sei es aus Angst vor Repressalien oder aufgrund des Frusts über eine langwierige bürokratische Auseinandersetzung. Leider gibt es vonseiten der Landesregierung und speziell des Bildungsministeriums keine systematische Erhebung oder Aufzeichnung von Gewaltvorfällen. Ohne eine vollständige Erfassung solcher Vorfälle fehlen die notwendigen Daten, um die tatsächliche Lage realistisch zu beurteilen, wirkungsvolle Präventionsmaßnahmen umzusetzen und Interventionsmaßnahmen einzuleiten. Zudem führt die fehlende statistische Erhebung dazu, dass sich die Schulaufsichtsbehörde nur unzureichend ein Bild von der Situation an den Schulen machen kann. Ein umfassendes Bild über die Verbreitung von Gewalt an Schulen ist jedoch notwendig, um eine effektive Gesamtstrategie zu entwickeln und schnelle Interventionen zu ermöglichen. Diese Mängel im System verhindern, dass zielgerichtete Maßnahmen eingeleitet und Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Die Schulaufsichtsbehörde muss in der Lage sein, jedes Vorkommnis zu überwachen, zu bewerten und daraufhin Handlungsstrategien zu entwickeln.

Gleichzeitig nimmt auch die Verbreitung extremistischer Tendenzen zu. Verfassungsfeindliche Parolen, antisemitische Beleidigungen und rassistische Ausgrenzungen, aber auch Diskriminierungen aufgrund des Geschlechtes, der Religion oder der sexuellen Identität sind in vielen Klassenzimmern längst keine Einzelfälle mehr und oft auch Auslöser von Gewalthandlungen. Im Kontext von Gewalt an Schulen müssen auch extremistische Tendenzen erfasst werden.

Frühzeitige Gewalt- und Extremismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Gewalt und extremistische Tendenzen an Schulen sind nicht isolierte Phänomene, sondern Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen. Schulen sind ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft und bilden junge Menschen nicht nur fachlich, sondern auch sozial und werteorientiert aus. Gerade deshalb kommt der frühzeitigen Prävention eine Schlüsselrolle zu: Sie schützt nicht nur direkt betroffene Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, sondern trägt zur Stabilität und Sicherheit des gesamten gesellschaftlichen Miteinanders bei.

Frühzeitige Präventionsmaßnahmen fördern das soziale Lernen, stärken demokratische Werte und verhindern, dass Gewalt oder extremistische Ideologien Fuß fassen. Besonders im Hinblick auf Radikalisierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die zunehmende Verbreitung extremistischer Narrative über soziale Medien ist es unerlässlich, frühzeitig gegenzusteuern.

Effektive Prävention muss auf mehreren Ebenen ansetzen:

- **Individuelle Ebene:** Förderung von Resilienz, sozialer Kompetenz und Konfliktlösungsstrategien bei Kindern und Jugendlichen, um Gewaltbereitschaft zu senken und Radikalisierung vorzubeugen.
- **Schulebene:** Schaffung eines gewaltfreien Schulklimas durch klare Regeln, Schutzkonzepte und Anlaufstellen, die bei Problemen frühzeitig eingreifen.

- **Gesellschaftliche Ebene:** Stärkung demokratischer Werte, Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und Vernetzung mit Akteuren aus Justiz, Polizei und Sozialarbeit, um langfristige Präventionsstrategien zu etablieren.

Gewalt- und Extremismusprävention an Schulen darf daher nicht nur auf Vorfälle reagieren, sondern muss als kontinuierliche gesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Eine vernetzte Strategie mit klaren Zuständigkeiten, verlässlichen Strukturen und langfristiger Finanzierung ist essenziell, um Schule als sicheren Lern- und Lebensort zu erhalten und das demokratische Fundament unserer Gesellschaft zu stärken.

Wir fordern ein klares Konzept gegen Gewalt und Extremismus an Schulen. Um diesen Missständen entgegenzuwirken, fordern wir eine umfassende Gesamtstrategie zum Umgang mit Gewalt an Schulen und zur Neuausrichtung der Prävention. Es bedarf eines wirkungsorientierten Konzeptes, das nicht nur auf die Bekämpfung von Vorfällen reagiert, sondern auch proaktiv auf die Ursachen von Gewalt und Extremismus eingeht. Dabei sind folgende Maßnahmen entscheidend:

1. **Umfassende statistische Erfassung und Dunkelfeldanalyse**

Die Einführung einer detaillierten statistischen Erfassung von Gewalt- und Extremismussvorfällen an Schulen ist unerlässlich. Das Ministerium für Bildung und Kultur muss nicht nur die gemeldeten Vorfälle dokumentieren, sondern auch eine Dunkelfeldforschung beauftragen, um das Ausmaß ungemeldeter Taten sichtbar zu machen. Eine solche umfassende Datenerhebung ist entscheidend, um das tatsächliche Ausmaß der Probleme zu erkennen und bildet die grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung wirkungsorientierter Konzepte. Hierzu bedarf es der Zusammenarbeit mit Schulen, Polizei und sozialen Einrichtungen, um eine lückenlose Erhebung zu garantieren.

2. **Frühzeitige Prävention, spezialisierte Strukturen und Ausbau psychosozialer Anlaufstellen**

Mit der Auflösung des Landesinstituts für Präventives Handeln (LPH) ging eine Zerschlagung der Präventionsstruktur im Land einher, ohne dass neue funktionale Strukturen geschaffen wurden. Laut dem Landespräventionskonzept, Stand 24.11.2023, ist das Ministerium für Bildung und Kultur (MBK) u. a. für Suchtprävention, Gewaltprävention, die Erstellung von Schutzkonzepten für Schulen und die Aus- und Fortbildung schuleigener Krisenteams zuständig. Die Rückmeldungen der Schulen zeigen jedoch, dass das Angebot nicht annähernd dem früheren Niveau entspricht und die Bündelung von Professionen sowie die Vernetzung mit Polizei und anderen Partnern, die das LPH bot, nicht aufgefangen wird. Es ist zwingend notwendig, dass die Landesregierung diese weggebrochene Säule der Prävention endlich aufarbeitet, die Präventionsarbeit strukturiert und die Verzahnung insbesondere mit der Polizei professionalisiert.

Zudem fehlen in den Schulen klare, zugängliche Anlaufstellen, bei denen Schülerinnen und Schüler, Eltern oder Lehrkräfte Hilfe suchen können. Es sollte eine zentrale Anlaufstelle für Schulen eingerichtet werden, die eine enge Kooperation zwischen Polizei, Bildungseinrichtungen und anderen relevanten Akteuren ermöglicht. Diese Stellen müssen mit ausreichendem Personal ausgestattet sein, das mit den jeweiligen Konflikten und Problemen umgehen kann.

3. **Lehrkräfte und Schulen gezielt unterstützen**

Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind die ersten Ansprechpartner bei Gewalt- oder Extremismusvorfällen und müssen besser auf diese Herausforderungen vorbereitet werden. Ihre Aus- und Fortbildung in diesen Bereichen muss verstärkt werden, damit sie frühzeitig Anzeichen erkennen und angemessen reagieren können. Gleichzeitig braucht es eine gezielte Ressourcenverteilung auf Basis einer umfassenden Datenerhebung. Schulen mit besonders hoher Gewalt- oder Extremismusproblematik müssen durch wirksame Unterstützungssysteme begleitet werden, etwa durch verstärkte Schulsozialarbeit und eine enge Kooperation mit Polizei, lokalen Ordnungsdiensten und der Jugendhilfe.

4. **Konsequente Ahndung von Gewalt und Extremismus**

Es darf keine Toleranz gegenüber Gewalt, diskriminierenden und extremistischen Äußerungen an Schulen geben. Alle Vorfälle müssen konsequent verfolgt und geahndet werden, um ein klares Signal zu setzen, dass solche Handlungen in keiner Form akzeptiert werden. Eine transparente und systematische Dokumentation dieser Vorfälle ist notwendig, um gezielte Handlungsmaßnahmen zu entwickeln.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:

- Eine umfassende statistische Erfassung von Gewalttaten und Extremismusvorfällen in den Schulen durchzuführen und eine Dunkelfeldanalyse zu beauftragen.
- Eine effektive Struktur der Präventionsangebote neu aufzusetzen und die Vernetzung der Institutionen und Akteure sicherzustellen.
- Eine Überarbeitung des aktuellen Landespräventionskonzeptes zu veranlassen und eine stärkere Einbindung der Polizei in die Gewaltprävention an Schulen zu prüfen.
- Schulpsychologie und Schulsozialarbeit zielgerichtet auszubauen und psychosoziale sowie schulische Anlaufstellen zu stärken.
- Lehrkräfte besser zu unterstützen, sei es durch passgenaue Fortbildungen oder schnelle Rückmeldestrukturen.
- Eine konsequente Ahndung von Gewalt und Extremismus an Schulen sicherzustellen und das Schulordnungsgesetz entsprechend anzupassen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.